

Start des Bürgerbegehrens für einen „Potsdamer Mietendeckel!

Am Dienstag, 01.06.2021 startet offiziell das:

„Potsdamer Bürgerbegehren für einen Mietendeckel im städtischen Wohnungsbestand.“

Wir dokumentieren: Presseerklärung der Initiativgruppe zum Bürgerbegehren:

Der Auftakt der Unterschriftensammlung erfolgt 14 Uhr in der Schlaatzstraße/Ecke Schlaatzweg.

Diesen Ort haben wir bewusst gewählt, um darauf hinzuweisen, dass gerade die Mieter*innen in der Teltower Vorstadt seit langem auf die Erarbeitung einer Sozialen Erhaltungssatzung warten. Diese Satzung kann Luxusmodernisierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschweren und damit die Anwohner*innen im Umfeld des RAW-Geländes vor Verdrängung schützen, wenn dort ein IT-Zentrum mit vielen hochbezahlten Arbeitsplätzen entsteht.

Außerdem gibt es bereits am Dienstag einen weiteren Stand ab 17 Uhr vor dem Rathaus Babelsberg.

Das Bürgerbegehren soll den Oberbürgermeister verpflichten, dafür zu sorgen, dass künftig im städtischen Wohnungsbestand die Mieten maximal um 1 % in 5 Jahren erhöht werden. Dadurch wollen wir auch die ortsüblichen Vergleichsmieten im Mietspiegel und damit die Mieterhöhungen im privaten Wohnungsbestand dämpfen.

Bereits die ersten
Reaktionen der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam
und des
Oberbürgermeisters auf unser Bürgerbegehren zeigen, dass die
Mieten im städtischen Wohnungsbestand in den nächsten Jahren
weiter
regelmäßig um das rechtlich mögliche Maximum erhöht werden,
wenn
wir jetzt nicht aktiv werden.

Die Mieter*innen der
Pro Potsdam können und dürfen nicht die Hauptlast tragen, um
die
städtischen Klimaschutzziele, den Wohnungsneubau und die
soziale
Infrastruktur in den Stadtteilen zu finanzieren.

Uns ist bewusst,
dass das Bürgerbegehren nur ein erster Schritt in eine neue
Potsdamer Wohn- und Bodenpolitik sein kann. Wir werden daher
in den
nächsten Monaten weitere Aktivitäten gegen den Ausverkauf der
Stadt
und seine sozialen Folgewirkungen unterstützen und initiieren.

Damit der Potsdamer
Mietendeckel durchgesetzt werden kann, setzen wir auf die
Solidarität
und Unterstützung der Bevölkerung. Interessierte sind gern
eingeladen, sich mit uns für eine gerechtere und soziale Stadt
zu
engagieren.

**Verena Reiningger und Anja Heigl/ Sprecher*innen der
Initiativgruppe**